

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Amelshain, Bensch, Borsdorf, Cöha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinsberg, Klinga, Köhra, Labhardt, Pomßen, Stauditz, Throna ufm.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 5.—, jährlich Mk. 50.— ohne Auslagen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die Spaltenzeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. 6wöchiger Teil Mk. 1.50, 3wöchiger Teil Mk. 1.50, Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—, Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, frühere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Aussträgern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Redakteur: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Gänge & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 104

Freitag, den 2. September 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Die Gemeindegrenzensteuer auf das Rechnungsjahr 1921 (1. April 1921 bis 31. März 1922) wird nach 1 M. je Grundflächeneinheit und zwar ohne Unterschied für hiesige und auswärtige Besitzer in der Flur Naunhof liegender Grundstücke erhoben. Jedem Grundstücksbesitzer wird ein Steuerzettel noch zugestellt.
Fällig ist die Steuer am 1. Oktober d. J., zu zahlen ist sie innerhalb 4 Wochen nach dem Tage der Fälligkeit. Naunhof, am 1. Septemb. 1921. Der Stadtgemeinderat.

Die Geschäftsräume des Stadtrates, des Standesamtes und der Sparkasse bleiben wegen Reinigung Montag, den 5. und Dienstag, den 6. September d. J. geschlossen.
Dringliche Sachen und Standesamtsfälle werden an beiden Tagen zwischen 10 und 11 Uhr vormittags im Rathaus erledigt. Naunhof, am 29. August 1921. Der Bürgermeister.

Vereinsbank Naunhof in Naunhof
Kredit-Gewährung.
Diskontierung und Einziehung von Wechseln und Schecks. Scheck- und Giro-Verkehr.
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
Bismarckstr. 44. Geschäftszeit: 9-1 Uhr. Telephon-Nr.: Leipzig Nr. 10783.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * In Berlin und anderen Städten des Reiches fanden große Demonstrationen infolge der Ermordung Erzbergers statt.
- * Der Belagerungszustand für Mitteldeutschland und Ostpreußen ist ab 1. September aufgehoben worden.
- * Die französische Kammerkommission für finanzielle Angelegenheiten hat einstimmig erklärt, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages es nicht zulassen, daß Frankreich bei Verteilung der ersten deutschen Milliarden Übergang findet.
- * Die Griechen haben mit der Räumung von Edirne begonnen und die Stadt in Brand gesetzt.
- * Der Sonderfrieden zwischen Amerika und Ungarn ist in Budapest unterzeichnet worden.
- * Der amerikanische Marineattaché Dr. Verdy hat erklärt, daß nach dem Unfall des englischen Luftschiffs „E. H. 38“ Amerika keine größeren Luftschiffe mehr in Auftrag geben wird.

Schlussdienst.

Stadt- und Kreisnachrichten vom 1. September.

Die Kollage der Kriegsopter.
Berlin. Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener teilt mit: Am 29. August fand zwischen den Organisationen der Kriegsopter und dem Reichsarbeitsministerium eine Beratung statt, auf welche Weise der Kollage der Kriegsopter entgegenzuwirken werden könnte. Die Vertreter des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter bezeichneten die völlig unhaltbaren Zustände als Auswirkung einzelner Bestimmungen des Reichsverordnungs-Gesetzes. Nur eine schnelle Abänderung des Gesetzes gemäß den Vorschriften der Verbände könnte eine Verhütung der Kriegsopter bringen. Das Reichsarbeitsministerium nahm die Forderungen der Verbände entgegen und will in nächster Zeit die Stellungnahme der Reichsregierung und der Parteien einholen. Ferner sollen in einer weiteren Sitzung mit den Vertretern der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen endgültige Maßnahmen beschlossen werden.

Voranmeldung von Ferngesprächen.
Berlin. Nach der neuen Fernsprechordnung können vom 1. Oktober ab im Fernverkehr Gespräche bereits am Nachmittage des Vortages gegen eine besondere Gebühr von 50 Pf. für die Anmeldung eines jeden Gesprächs unter Angabe einer bestimmten Anmeldebildestelle bestellt werden („Vortagsanmeldungen“). Der Teilnehmer hat bei diesen Vortagsanmeldungen den Vortag als nicht gestungen ist, die Gespräche in früher Morgenstunden anzumelden. Daneben können auch vom 1. Oktober ab schriftliche Vortagsanmeldungen sowie Daueranmeldungen zugelassen werden, das sind Anmeldungen auf täglich zwischen 1 und 12 Uhr des Vortages auszuführende Gesprächsverbindungen, die für einen längeren Zeitraum, z. B. 14 Tage, zu voraus bestellt werden. Die gewerkschaftliche Anmeldung von Ferngesprächen durch Dritte ist nach der neuen Fernsprechordnung verboten.

Gegen die Zugsteuer.
Dresden. Der Gesamtverband des Verbandes sächsischer Industrieller befaßt sich mit der Frage der Zugsteuer. Man hat sich darin einig, daß die Zugsteuer unbedingt beseitigt werden müsse. Mit der übertragenden wirtschaftlichen Bedeutung der Zugsteuer wurde es als unvereinbar bezeichnet, daß der Vorkauf des Reichsfinanzministers, anscheinend aus politischen Gründen, noch immer unbesetzt ist.

Wer wird Reichsfinanzminister?
Biberach. Es wurde hier bekannt, daß der Reichsfinanzminister dem württembergischen Finanzminister, dem Demokraten Biberach, das Vortreffen des Reichsfinanzministers angeboten hat. Biberach soll aber aus Gesundheitsgründen das Amt ausgeschlagen haben. Hierüber ist aber noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Der Hamburger Mörder Dr. Fink.

Hamburg. Die Feststellung, daß, wie bekannt, die Ehefrau Fink durch den Arzt Dr. Fink ermordet und ihre Leiche zerstückelt worden ist, hat anscheinend auch die Klärung eines Knabenmordes gebracht. Am 25. August 1919 wurden an der Alster zerlegte Teile einer Knabenleiche, wenige Tage darauf weitere Teile einer Knabenleiche gefunden, einige Tage später der Kopf in einem Fleiß. Die Leiche war genau so zerlegt, wie jetzt die der Frau Fink. Es ist sehr wahrscheinlich, daß auch dieser Mord von Dr. Fink ausgeführt wurde, da dieser den Knaben gleichfalls behandelte.

Neue Kämpfe mit polnischen Banden.

Ratow. In der Nacht entspannen sich in Boguski hiesige Kämpfe zwischen Apo und polnischen Banden. Die Apo wurde von der Überzahl entworfen und zum Teil verschleppt. Französische Soldaten suchten Ordnung zu schaffen, und mehrere Tanks rückten ein. Einige verwundete Apo-Beamte konnten befreit werden.

Brotpreisrückgang in Österreich.

Wien. Der Brotpreis wurde hier für das Schwarzbrot auf 15 Kronen 40 Heller, der Preis eines weißen Brotes auf 40 Kronen erhöht.

Ein Salutschmuggler verunglückt.

Zürich. Der Salutschmuggler Emanuel Zeltner ist auf der Fahrt nach Wien aus dem Juge gefürzt, wobei er den Tod fand. In einer seiner Taschen fand man 80 500 Franc, 4200 Dollar, 180 000 österreichische Kronen und zahlreiche andere auswärtige Wälder.

Deutschfeindliche Treibereien.

Wenige Tage nach der Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages ist auch mit Italien ein sogenannter Wirtschaftsvertrag zustande gekommen. Er steht selbstverständlich auf dem Boden der Gleichberechtigung beider Teile und trägt der Tatsache vollen Rechnung, daß im Handelsverkehr zwischen uns und unseren ehemaligen Verbündeten nicht nur von einer Seite gegeben, nicht nur von der anderen Seite genommen wird. Es ist eine Art Rahmenvertrag, der der Ausfüllung durch die Wirtschaftsträger haben und drähen bedarf. Je mehr auf unserer Seite die Erzeugung gesteigert, alle Kräfte zur Überwindung der Wirtschaftsschwierigkeiten zusammengefaßt werden, desto größer wird der Nutzen sein, den wir aus diesen erneuerten Beziehungen zum Süden werden einheimen können. Und mit dem wirtschaftlichen Vorteil pflegt neuerdings, noch mehr als je zuvor, der politische Hand in Hand zu gehen.

Leider wird die Befriedigung über diesen Vertrag durch einen Zwischenfall äußerst herabgemindert, der kurz vor der Unterzeichnung in Rom hervortrat. Ein italienisches Blatt veröffentlichte einen angeblichen Geheimbericht des zur deutschen Botschaft gehörenden Herrn v. Stöcker, in dem mit deutlich zwischen den Zeilen durchschimmernder Freude festgelegt wurde, daß Deutschland wieder nahe daran sei, sich zum Herren des italienischen Wirtschaftsmarktes zu machen. Leider begreift, daß der deutschfeindliche Teil der italienischen Presse sich auf diese Veröffentlichung stütze, und daß daraus schwere Vorwürfe gegen unsere amtliche Vertretung in der italienischen Hauptstadt hergeleitet wurden. Die deutsche Botschaft schäufte keinen Augenblick, und erklärte auf das Bündliche, daß hier eine Fälschung vorliegen müsse, denn von einem Geheimbericht des bezeichneten Inhalts sei ihr nicht das mindeste bekannt. Man deutete an, daß hier Intriganten am Werke seien, um die Wiederanbahnung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Italien schon in der ersten Entwicklung zu treffen. Wer da weiß, welcher Mittel sich insbesondere das französische Kapital zu bedienen versteht, um namentlich in Oberitalien jede Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, der wird diese Andeutung auch keineswegs unberührt finden. Nur pflegt man auf deutscher Seite nicht mit gleicher Straußlosigkeit zu verfahren, sonst würde wohl auch hier mancherlei Material zur Verfügung stehen, das die wahren Motive französischer Bundesfreundschaft für „die lateinische Schwelger“ sehr deutlich kennzeichnen würde. Man weiß offenbar anderwärts ganz genau, daß man sich auf die Verschwiegenheit deutscher Vertretungen einigermassen verlassen kann.

Im vorliegenden Fall ist nun aber die Angelegenheit mit dem Dementi der deutschen Botschaft nicht erledigt. Die Geheimheit des Geheimberichts wird trotzdem nach wie vor von ihren Urhebern behauptet. Auch neutrale Blätter bezeichnen es als Pflicht der Regierung, unbedingte Klarstellung herbeizuführen, indem sie sich des veröffentlichten Dokumentes bemächtigt und seine Echtheit oder Fälschtheit feststellt. Werde es als echt erkannt, dann allerdings könne von einem weiteren Verbleiben der gegenwärtigen diplomatischen Vertretung des Deutschen Reiches in Rom keine Rede sein. Das Blatt, von dem die Veröffentlichung ausgegangen ist, sucht sich dieser Forderung gegenüber mit der Erklärung zu deden, daß der Geheimbericht, der ihm vorgelegen habe, lediglich ein mit der Maschine geschriebenes Manuskript gewesen sei, dessen photographische Wiedergabe nichts beweisen würde. Wichtiger als die verlangte Nachprüfung sei die Feststellung, ob der Inhalt des Berichtes den Tatsachen entspreche oder nicht. Und ein zweites Blatt, das von dem Bericht gleichfalls Kenntnis erlangt haben will, sagt noch aus eigener Wissenschaft hinzu, daß in ihm zwei italienische Zeitungen als

Empfänger recht hoher Beträge von Seiten der Deutschen Regierung genannt worden seien.

Also eine recht dunkle und vielleicht auch eine recht schmutzige Angelegenheit. Sollte die Durchkäufung den Zweck verfolgt haben, die Wirtschaftsverhandlungen in Berlin, von denen man wohl wußte, daß sie ihrem Abschluß entgegengingen, noch im letzten Augenblick zu erschlagen, so ist diese Absicht, wie man weiß, nicht erreicht worden. Für Deutschland aber darf der Zwischenfall damit selbstverständlich nicht erledigt sein. Wir zweifeln nicht daran, daß weder unsere Regierung noch unsere Vertretung in Rom in diesem Punkte das volle Licht der Öffentlichkeit zu scheuen braucht.

Die Meinung des Völkerverbundes.

Entscheidung Anfang Oktober?
In den Kreisen des Völkerverbundes in Genf nimmt man immer noch an, daß der Völkerverbund die Frage zunächst an eine ausschließlich aus Neutralen zusammengesetzte Kommission von Wirtschafts- und Rechtsfachverständigen verweisen wird, von der wahrscheinlich einige Mitglieder den Auftrag erhalten werden, an Ort und Stelle durch eigenen Augenschein die Behauptungen der Dokumente zu berichtigen oder zu bekräftigen. Nach einer Havasmeldung wird der Völkerverbund in der Lage sein, sein Gutachten in der Obersächsischen Frage in der ersten Oktoberwoche bekanntzugeben. Wenn sich eine Übereinstimmung nicht erzielen lassen sollte, so würde der Rat die Obersächsische Frage an den Antarktis-Berichtshof verweisen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Aufhebung des Belagerungszustandes.
Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten ist der Ausnahmezustand in Mitteldeutschland und Ostpreußen, soweit er zurzeit noch besteht, mit Wirkung vom 1. September aufgehoben worden.

Die preussische Regierungsfrage.
Ist durch die innerpolitische Erregung dieser Tage wieder in Fluß gekommen. In preussischen Parlamentskreisen wird nach den Vorgängen der letzten Tage mit Nachdruck auf die Erklärungen hingewiesen, die Ministerpräsident Siegelwald vor kurzem im Hauptausschuß des preussischen Landtages abgegeben hat. Er sprach davon, daß er einer Verbreiterung der Regierungsbasis durchaus sympathisch gegenüberstehe. Siegelwald hat in Frankfurt am Main eine eingehende Aussprache mit dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth gehabt, die der Regierungskrise in Preußen gewidmet war. Es ist möglich, daß noch vor dem Zusammentritt des Landtages am 28. September die Frage der Umbildung des preussischen Kabinetts durch Hinzuziehung der Sozialdemokraten von neuem auftritt wird, in anderen Kreisen nimmt man jedoch an, daß eine derartige Umbildung sich nicht auf eine Erweiterung nach links beschränken würde.

Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich.
Die in der Öffentlichkeit vielfach verbreitete Meinung, daß es sich bei den von Frankreich noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen um Verbüßung von Strafen wegen „gemeiner Vergehen oder Verbrechen“ handelt, ist nicht zutreffend. Diese Leute sind vielmehr wegen Vergehen gegen das gewöhnliche Recht im Gegensatz zum Militärstrafrecht bestraft. In den meisten Fällen handelt es sich um Diebstähle und Sachbeschädigung aus Nahrungsmangel und zur Ermöglichung der Flucht.

Wiederaufnahme der Minenwegräumung.
Nachdem der durch die gegenwärtige Beschließung deutscher Minensucher und russischer Küstenbeseitigungen in der Kola-Bucht entstandene Zwischenfall auf diplomatischem Wege seine Erledigung gefunden hatte, konnten die Minenräumarbeiten der deutschen Reichsmarine fortgesetzt werden. Die Arbeiten im nördlichen Eismeer sind beendet und die Minensuchverbände befinden sich auf der Rückreise nach Wilhelmshaven. Die hierdurch freigeordneten Minensuchboote gehen teilweise später nach der nördlichen Küste, um die dort bereits bei der Arbeit befindlichen Suchflotten zu verstärken.

Eröffnung des deutschnationalen Parteitages.
Der Deutschnationale Parteitag in München wurde durch eine aus dem ganzen Reich, den abgetrennten und besetzten Gebieten und den Grenzländern der Tschechoslowakei und Österreich besuchten Tagung der deutschnationalen Frauen eingeleitet. Die Aufgaben der deutschen Frau in nationaler, sozialer, wirtschaftlicher und erzieherischer Hinsicht wurden in lebhafter Erörterung eingehend behandelt.

Auffechterregende Rede eines unabhängigen Ministers.
Der sächsische Kultusminister Fleißner, der sich politisch von den Unabhängigen zählt, führte nach verschiedenen übereinstimmenden Berichten in einer Versammlung der U. S. V. D. in Dresden aus: „Unsere großen politischen Ziele müssen unter allen Umständen erreicht wer-

Braunschweig, 31.2. Weiden, und Cidenburg
wir ihn ja wohl
gerade Schie
ind, und eine
Ausland ab
in platonischer
gang vergesse
seiner Tropfen
aus dem Rhein
welchen Sonnen
aus günstig en
anderen Jahren
von völlig reife
nem sehr hohen
Trauben infolge
Saftegehalt au
erschläge bedeu
Quantität sind
ab. Nur dort
Sorten vorrich
arf. Die dän
gefekt, daß die
vorkommenden
allen dänischen
erat, macht sich
hat man früher
in Zug fangen
einmal. Man
le Ausstrattung
n einem ägypt
sch in einem
nde interessante
Obel, und daß
f ist öde und
öden und ge
erklärt: „Wir
* Die höchsten
ten mit eigenen
langt mühelos
oße Wort, und
über Schwem
das Land, die
ändert und die
er nicht mehr,
noch Steuern
der hungernde
ter. Sitte und
acht nicht mehr,
is überbrüßig
er weniger gen
sch, daß alles
auch in einem
sehen.
Walt in Naunhof

Gemein
mung eines
I S
allinden,
n ihr Velle
Krieges —
che geliebt
ere Feinde.
gens, denn
r Tage ein
hremals
Deutscher
Seeverein
Ortsgruppe
Naunhof,
Mittwoch, 31.8.
um 1/2 8 Uhr
Versammlung
er Stern.
stiftungsfeste.
insebirnen
Durgnerstraße 11.
edriches
dchen
Raif. Wih. Str. 9.
27. 8. 1921
nung dar
chenke
aste
Frau